



Fragen der Stuttgarter Mobilfunk - Bürgerinitiativen Wolfbusch, Stuttgart - West und Plieningen an die KandidatInnen zur Gemeinderatswahl 2014

Die mobilen Kommunikationstechnologien mit Handys, SmartPhones, TabletPCs, Sendemasten und WLAN HotSpots dringen in alle Lebensbereiche vor. Es ist ein Milliardengeschäft. Über die sozialen und gesundheitlichen Risiken wird nach wie vor unzureichend informiert und diskutiert, obwohl bedeutende Institutionen dies immer vehementer fordern:

Die Weltgesundheitsorganisation WHO stuft die Strahlung als möglicherweise Krebs erregend ein. Im Umweltausschuss des Bundestags fand am 27.02.2013 dazu eine Anhörung statt. Die industrieunabhängigen Sachverständigen forderten eine Wende zu einer Schutz- und Vorsorgepolitik.

Seit Jahren sind Mobilfunk - Bürgerinitiativen in Stuttgart aktiv und fordern von der Stadt eine Politik der Strahlenminimierung. Doch die Gemeinderatsmehrheit in Stuttgart hat bisher alle Vorstöße der Fraktionen der GRÜNEN und SÖSundLINKE sowie die oft einstimmigen Beschlüsse von fünf Bezirksbeiratsgremien abgeblockt, zuletzt in den Haushaltsberatungen 2013 / 2014.

1. Vorsorge für die Gesundheit bei gleichzeitiger Sicherung der Netz - Versorgung durch ein kommunales Mobilfunk - Vorsorgekonzept

Die Minimierung von Strahlenbelastungen in Gemeinden ist Teil der Gesundheitsvorsorge. Die steigende Outdoor - Versorgung (Sendemasten, LTE-Aufrüstung, WLAN-HotSpots) führt zu einer immer höheren Strahlenbelastung in den Wohnungen, vor allem in den oberen Stockwerken. Ein Gutachten, das im Auftrag der evangelischen Gesamtkirchengemeinde im Stuttgarter Westen erstellt wurde, weist dies nach. Die vier großen Mobilfunkanbieter betreiben 14 Netze nebeneinander, entsprechend überdimensioniert ist die Zahl der Sendeanlagen.

Die Kommune hat über das Baurecht rechtliche Möglichkeiten der Steuerung. Ein erster Schritt wäre, die Strahlenexposition durch eine koordinierte Standortplanung zu minimieren und besonders "schlimme" Standorte zu entschärfen. Durch die Trennung von Indoor- und Outdoorversorgung mit neuer Technik könnten Belastungen massiv gesenkt werden. Als Grundlage hierfür kann ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept (gesteuerte Netzplanung) dienen, wie es bereits von mehreren Bezirksbeiratsgremien gefordert und von den Gemeinderatsfraktionen der GRÜNEN und SÖSundLINKE beantragt wurde. Die Gemeinderatsmehrheit hat das bisher immer abgelehnt. Wie lange noch?

Würden Sie im Gemeinderat folgende Maßnahmen unterstützen?

- Die Stadt erstellt auf Grundlage der bestehenden Senderstandorte ein Strahlenkataster über die von Mobilfunksendeanlagen ausgehende Strahlenbelastung im Gemeindegebiet.
- Die Stadtverwaltung wird vom Gemeinderat beauftragt, ein Mobilfunkvorsorgekonzept zur Eindämmung der unkontrolliert zunehmenden Strahlenbelastung zu erstellen.
- Die Stadtverwaltung unterstützt ein Projekt, um modellhaft in einem geeigneten Bezirk die Strahlenbelastung durch Vergleichmäßigung mittels neuer Techniken zu minimieren.

2. Elektromogfreie Arbeitsplätze in kommunalen Einrichtungen und Gesundheitsvorsorge durch Aufklärung

In vielen kommunalen Einrichtungen sind die Arbeitsplätze mit Geräten wie z.B. DECT- Schnurlostelefonen und WLAN - Verbindungen ausgestattet, die ständig Elektromog emittieren. Die Beschäftigten und Nutzer sind meist nicht über deren Risiken informiert. Es gibt inzwischen deutliche Hinweise, dass Kopfschmerzen, Konzentrationsprobleme oder auch Erschöpfungszustände mit der wachsenden Strahlenbelastung zusammenhängen können. In Betriebsteilen der Allianz -Versicherung wurden Arbeitsplätze elektromogfrei gemacht, was dazu beitrug, dass der Krankenstand erheblich gesunken ist (Bericht "Weniger Elektromog für 750 Mitarbeiter. Vorangehen, neue Wege gehen", Zeitschrift "Wohnung + Gesundheit", Nr. 148/2013). Allein durch den geringeren Krankenstand hat sich diese Aktion ausgezahlt. Die Strahlenminimierung kann vielfach sofort erfolgen, indem Kabelverbindungen gegenüber WLAN Vorrang bekommen und z.B. alte, dauerstrahlende DECT-Schnurlostelefone durch die neueste strahlungsarme Generation ausgetauscht werden. Gerade in Kindergärten und Erziehungseinrichtungen sollten solche Umstellungen umgehend eingeleitet werden. Um solchen Maßnahmen Akzeptanz und Nachhaltigkeit zu verleihen, müssen die Beschäftigten von der Gemeinde und in den Erziehungseinrichtungen über die Risiken, die Alternativen und den verantwortungsvollen Umgang mit den Kommunikationstechnologien informiert werden.

Wären Sie bereit als Stadtrat, solche Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge zu unterstützen? Welche Maßnahmen zur Aufklärung, besonders von Kindern und Jugendlichen schlagen Sie selbst vor?

3. Gesundheitsverträgliche Alternativen der mobilen Kommunikation fördern

Bis 2020 wird ein 1000-facher Anstieg des heutigen Datenvolumens der mobilen Kommunikation prognostiziert. Die Datenkapazitäten der Mobilfunkmasten reichen schon heute nicht mehr aus. Mit der lizenzfreien und damit für die Mobilfunkbetreiber kostenlosen WLAN - Frequenz versucht die Industrie durch öffentliche Hot-Spots und WLAN TO GO die Kapazitäten zu erweitern. Auch in Schulen und Bibliotheken wird zunehmend WLAN installiert. Spezielle Strahlen - Schutzbestimmungen für WLAN gibt es nicht, die Risiken der dadurch wachsenden Strahlenbelastung werden ausgeklammert. Doch inzwischen gibt es technische Alternativen auch zu WLAN, die schneller und nach dem Stand des Wissens nicht gesundheitsschädlich sind. Am Heinrich-Hertz - Institut in Berlin (Fraunhofer Gesellschaft) wurde die Datenübertragung Visible Light Communication (VLC, Li-Fi) über LED-Licht entwickelt. Sie ist abhörsicherer, schneller und emittiert keinen Elektrosmog. Die Stadt Stuttgart könnte hier bundesweit zum technischen Vorreiter werden. Das Heinrich-Hertz-Institut Berlin ist für Projekte zur Demonstration und Anwendung dieser zukunftsweisenden Technologie bereit.

Würden Sie es als Stadtrat unterstützen, dass in ausgewählten städtischen Einrichtungen (Schulen, Bibliotheken, Behörden) Pilot - Projekt zur optischen mobilen Kommunikation durchgeführt werden?

4. WLAN-HotSpots verhindern

In der Stuttgarter Innenstadt gibt es keine Funklöcher. WLAN ist nicht notwendig. Trotzdem sollen weitere öffentliche WLAN-HotSpots durch Privatfirmen installiert werden. Sie dienen vor allem der Datenerfassung. Im Auftrag von Kaufhausketten und lokalen Händlern werden über WLAN die Bewegungsdaten und das personalisierte Kaufverhalten der Bürger erfasst. "Freies WLAN" heißt freie Daten für Industrie und Handel. Die Kombination der personalisierten Daten aus Google, Facebook, Twitter, Schufa-, Bank- und Gesundheitsdaten, Kassenauswertungen der Einkaufsketten und Apotheken ergibt den gläsernen Konsumenten, ein exaktes Profil unter Aufhebung jeglicher Privatsphäre. Aus der kompletten Vernetzung und Aufzeichnung der Daten aller motorisierten Verkehrsteilnehmer über LTE und WLAN erhalten die Versicherungen, Verkehrsleitzentralen und Ordnungsbehörden alle Bewegungsdaten der Fahrzeughalter. Dies ist datenschutzrechtlich nicht geklärt.

Wie stehen Sie zu den Plänen, freies WLAN in Stuttgart einzuführen? Wie soll nach Ihrer Meinung das Datenschutz - Problem gelöst werden?



Die Bürgerinitiative Wolfbusch / Weilimdorf übergibt im April 2014 über 400 Unterschriften an Bürgermeister Hahn



2006 begann die Bürgerinitiative Stuttgart - West mit ihrer Protest- und Aufklärungsarbeit und ist bis heute aktiv



In Plieningen protestiert die Bürgerinitiative gegen den Bau eines Sendemasten am Wohngebiet und in der Nähe eines Kindergartens

Kontakt zu den Stuttgarter Bürgerinitiativen:

Peter Hensinger, Tel. 63 81 08 / Gerd Hütter, Tel. 45 607 63

Mehr Informationen zum Risiko Mobilfunk: www.diagnose-funk.de , www.mobilfunkstudien.de